

---

# Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 08/07

---

## 1. IANSA: Kleinwaffenlieferungen aus den USA gehen im Irak verloren

Das Internationale Netzwerk zu Kleinwaffen (IANSA) berichtete Mitte August darüber, dass annähernd 200.000 Schusswaffen (ca. 110.000 AK47-Gewehre und etwa 80.000 Pistolen) offiziell als verschwunden gelten. Laut einem Bericht von US-Behörden seien die für irakische Sicherheitskräfte bestimmten Waffen bei der Ausgabe nicht registriert worden. Das US-Verteidigungsministerium könne keine Angaben darüber machen, in wessen Händen sich die Kriegswaffen heute befänden. Mehr Infos dazu unter:

<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/08/05/AR200708051299.html>

Siehe auch:

<http://www.gao.gov/docsearch/abstract.php?rptno=GAO-07-711>

Thomas Pany wies in seinem Artikel „Waffengeschäfte im Irak. Unkontrollierbar: Der Handel mit Kalaschnikow und Co.“ vom 13.08.2007 darauf hin, dass bei einem geplanten Kauf von 100.000 M16-Sturmgewehren, die bei der irakischen Armee das bisherige Kalaschnikow-Gewehr ersetzen sollen, weitere „Alt Waffen“ auf den Schwarzmarkt oder in die Hände Unbekannter fallen könnten. Pany Artikel findet sich unter:

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25946/1.html>

## 2. Waldkircher Erklärung: Frist für Unterschriften läuft am 31. Oktober ab

Der DFG-VK-Bundessprecher Jürgen Grässlin ruft zur Unterstützung der Unterschriftenaktion „Waldkircher Erklärung“ auf, die im Herbst übergeben werden soll. Grässlin schreibt: „Trotz aller gesetzgeberischen und politischen Vorkehrungen steigen die deutschen Waffenexporte rasant an. Laut Berechnungen des schwedischen Friedensforschungsinstituts Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) verdoppelte die BRD ihren Export konventioneller Waffen innerhalb eines Jahres von 1,5 Milliarden Dollar (2005) auf 3,8 Milliarden (2006). Nach den USA und Russland avancierte Deutschland damit zum drittgrößten Waffenexporteur.“ Führende Empfänger von Rüstungslieferungen aus Deutschland, so Jürgen Grässlin weiter, seien auch Staaten, die kriegerische Konflikte führen würden, darunter Entwicklungsländer. Ein Bei-

spiel dafür seien die Exporte und Lizenzvergaben im Kleinwaffenbereich, vor allem getätigt von der Firma Heckler & Koch.

Um dieser „dramatischen Fehlentwicklung aktiv entgegen zu treten“, hätte sich im Juli 2007 auf Einladung der SPD-Ortsgruppe im Juli 2007 in Waldkirch bei Freiburg ein breites Bündnis zusammengefunden. Der Text der Waldkircher Erklärung findet sich unter:

<http://rib-ev.de/blog/?p=123>

Bis zum 31. Oktober 2007 sollen möglichst viele Unterschriften gesammelt und anschließend den Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien zugänglich gemacht werden. Erfreulich, so Grässlin, sei die Tatsache, dass die „Waldkircher Erklärung“ bereits in mehreren bundesweit erscheinenden Tageszeitungen abgedruckt worden sei. Unterschriftenlisten sollen in

Kürze auf der Internetseite der DFG-VK zur Verfügung stehen.

Der gesamte Artikel findet sich unter: <http://rib-ev.de/blog/?p=141#more-141>

### 3. Demonstration vor HK-Niederlassung in Großbritannien

indymedia berichtete am 14.08.2007 über eine Demonstration, die Mitte Juli vor der Niederlassung von Heckler & Koch (HK) in Nottingham stattgefunden hatte. Zu der Protestkundgebung aufgerufen hatte „Disarm DSEi“, eine

Graswurzelkampagne gegen die größte britische Waffenmesse. Der Artikel und weitere Links (auch zu Fotos von der Veranstaltung) finden sich unter:

<http://de.indymedia.org/2007/08/190821.shtml>

### 4. Una Historia de la Violencia – Deutsche Waffen in Kolumbien

von Roman Deckert (BITS)

Ein kürzlich aufgedeckter Waffenschmuggel in Kolumbien beweist: deutsche Waffen dienen nach wie vor als Mordinstrumente in dem am längsten anhaltenden Bürgerkrieg der Welt, der seit 1948 Hunderttausende Menschen das Leben gekostet hat. Anfang Juni 2007 hat die kolumbianische Polizei in der nordöstlichen Provinz Cesar, an der Grenze zu Venezuela, bei einer Aktion gegen die rechten Todesschwadronen der „Aguilas Negras“ u.a. mehrere G3-Sturmgewehre sichergestellt.

Waffen aus Oberndorf haben in Kolumbien eine ebenso lange wie verheerende Tradition. Nachdem 1948 der „La Violencia“ genannte Konflikt zwischen Staatsmacht, kommunistischen Rebellen und bewaffneten Bauern ausgebrochen war, half die einschlägig berüchtigte Firma Fritz-Werner beim Aufbau des staatlichen Rüstungskonzerns „Industria Militar“ (Indumil). 1955 stattete das bundeseigene Unternehmen aus Geisenheim die „Fábrica General José María Córdova“ in Soacha bei Bogotá mit Anlagen für die Herstellung von Mauser-Gewehren aus. Interne Dokumente von Fritz-Werner belegen, dass dabei üppige Provisionen auf Schweizer Konten flossen.

Die Mauser-Karabiner reichten den Machthabern in Bogotá indes schon bald nicht mehr aus, weshalb sie das G3 zur Standardwaffe der Armee machten. Das Auswärtige Amt in Bonn erlaubte Heckler & Koch zwischen 1967 und 1975 den Export von 55.200 G3 sowie 3.121 MP5-Maschinenpistolen und 1.500 HK21-Maschinengewehren „aufgrund besonderer politischer Erwägungen“ und mit Rücksicht auf die „traditionellen Lieferbeziehungen“. Weil die Diplomaten den Kampf um „law and order“

unterstützen wollten, genehmigten sie in diesem Zeitraum außerdem die Ausfuhr von mehr als 110 Millionen Schuss Munition durch Dynamit-Nobel, die Industrierwerke Karlsruhe (IWKA) und das Metallwerk Elisenhütte Nassau (MEN), ein Tochterunternehmen von Fritz-Werner.

Doch selbst diese massiven Transfers konnten den Bedarf der kolumbianischen Streitkräfte bald nicht mehr decken. Aus einem Brief der Heckler-Geschäftsleitung an das Auswärtige Amt von 1975 geht hervor, dass Kolumbien die Lizenz zur Herstellung von G3, MP5 und HK21 erhalten hatte. Eine Aufzeichnung der Bonner Beamten beweist, dass Indumil zumindest das G3 selber produzierte, mit zugelieferten Komponenten aus Oberndorf. Die Spezialmaschinen lieferten Heckler & Koch und Fritz-Werner. Das Staatsunternehmen durfte auch Maschinen für die Munitionsproduktion samt dem benötigten Rohmaterial an Indumil verkaufen. Für die bundesdeutschen Diplomaten war dies ein probates Schlupfloch im Kriegswaffenkontrollgesetz: „Durch Zubehörlieferungen der hier beantragten Art wird Kolumbien von Munitionsimporten unabhängig, was nicht zuletzt auch unseren Zielsetzungen, Lieferungen nach dem KWKG in Länder wie Kolumbien zu unterbinden, entspricht.“

Diese Hochrüstung führte zu einer um so heftigeren Eskalation der Gewalt, da sich auch die anderen Konfliktparteien „die Braut des deutschen Soldaten“ besorgten. Dem renommierten Kleinwaffen-Experten Edward Ezell zufolge kauften Drogenbarone portugiesische G3 aus angolanischen Beutebeständen in Kuba. 1989 wurden in der jamaikanischen Hauptstadt Kingston 1.000 G3 aus portugiesischer Lizenzfertigung beschlagnahmt, die für linksextreme Guerillas bestimmt waren. Dass es sich dabei um

ein chronisches Problem handelte, zeigen Presseberichte von 2003 über illegale Einfuhren von G3 und HK33-Sturmgewehren aus Ecuador. Ein UN-Bericht von 2006 dokumentiert den Schmuggel von G3 aus Beständen der peruanischen Nationalgarde.

Das G3 blieb bis weit in die Neunzigerjahre hinein die Standardwaffe der kolumbianischen Armee. Zwar schießen ihre Soldaten heute vor allem mit dem israelischen Galil, das Indumil in Lizenz produziert – mit Maschinen von Fritz-Werner, wie eine Indumil-Ausschreibung von Anfang 2007 für die Wartung der Ausrüstungen beweist. Heckler-Gewehre sind jedoch nach wie

vor im Einsatz, denn ausweislich der Indumil-Homepage werden in Soacha noch immer G3 repariert. Die ausrangierten Bestände wurden offenbar nicht verschrottet, sondern gelangten teilweise auf den Schwarzmarkt. So hatten die „Aguilas Negras“ die beschlagnahmten G3 von einem korrupten Polizeioffizier erhalten. Die Bundesregierung sollte sich ihrer historischen Verantwortung stellen und Entwaffnungsprogramme in Kolumbien massiv unterstützen.

*Roman Deckert ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS).*

## 5. SIPRI: neues Jahrbuch erschienen

Das im Juni vorgestellte Jahrbuch 2007 des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) enthält neben einem Kapitel zu einem weltweiten Waffenkontrollvertrag (Arms Trade Treaty) auch einen Abschnitt zum Thema

MANPADS (tragbare Flugabwehrraketen, von einer Einzelperson zu bedienen). Diese würden „zunehmend von Terroristen erworben und eingesetzt“. Weitere Infos zum Jahrbuch finden sich unter: <http://yearbook2007.sipri.org/>

## 6. Thüringer Allgemeine berichtet über Kleinwaffenexporte: „Durchlöchertes Prinzip“

*Unter dem Titel „Durchlöchertes Prinzip – Wenn eine Kleinwaffe Deutschland verlässt, die irgendwo eine andere ersetzen soll, muss die alte vernichtet werden. Eigentlich. Ob das aber tatsächlich immer passiert, weiß die Bundesregierung nicht so genau.“ veröffentlichte die Thüringer Allgemeine am 09.08.2007 folgenden Artikel von Sönke Klug:*

ERFURT. Kleinwaffen, das klingt eigentlich harmlos. Wie Luftgewehre oder Spritzpistolen. Doch durch Kleinwaffen sterben nach Schätzungen der Vereinten Nationen jährlich weltweit 300.000 Menschen – durch Pistolen, Maschinengewehre und Panzerfäuste. Als Kleinwaffe zählt nach EU-Definition grob gesagt alles, was ein Soldat alleine tragen und bedienen kann.

Gerade weil der Handel mit den geschätzt 600 Millionen kleinen Waffen weltweit blüht, weil sie von Iran nach Bosnien, nach Afrika, nach sonst wohin weitergeschoben werden, gibt es Regeln. Oder es sollte sie zumindest geben.

Deutschland etwa hat sich einen hehren Grundsatz gegeben: Jede exportierte Kleinwaffe, die eine alte irgendwo auf der Welt ersetzt, darf nur verkauft werden, wenn diese alte Waffe dafür zerstört wird. Und sie nicht stattdessen im Nebel der Gebrauchtwaffen-Geschäfte verschwindet.

Das Ganze heißt wie beim Autohändler: Neu für Alt. Es ist kein Gesetz, sondern eine Selbstverpflichtung und so wird sie offenbar auch behandelt.

Denn jetzt zeigen Dokumente der Bundesregierung, dass es keine Statistik darüber gibt, wie und ob dieser Grundsatz überhaupt angewendet wird.

Seit 2003 gilt „Neu für Alt“ nicht nur für die Bundeswehr, sondern für alle Kleinwaffenexporte in Staaten, die nicht der Nato oder der EU angehören.

Der Grundsatz soll dem Geschäft ein „sauberes“ Image geben. Und ein Geschäft ist es allemal. Wie der Rüstungsbericht der Bundesregierung zeigt, ist allein von 2004 auf 2005 der Wert genehmigter Kleinwaffenexporte in die sogenannten Drittländer um die Hälfte angestiegen – auf mehr als 12 Millionen Euro Volumen. Das ist keine gewaltige Summe, aber diese Waffen sind auch nicht gewaltig teuer. Aus Deutschland gehen sie zum Beispiel nach Afghanistan, Indonesien, Jordanien oder Saudi-Arabien. Oder Indien – allein dorthin wurden 2005 fast 1.600 Maschinenpistolen verkauft.

Sofern diese neuen Waffen alte ersetzen, müssen nach „Neu für Alt“ die deutschen Exporteure

Sorge tragen, dass die alte vernichtet wird. So beeilt sich Peter Beyerle, Sprecher des Waffenkonzerns Heckler & Koch, gegenüber TA zu beteuern, dass seine Firma vom Empfängerland immer verlange, die Vernichtung zu dokumentieren. In der Regel, so Beyerle, werde auch ein Vertreter der Deutschen Botschaft hinzugezogen, Heckler & Koch (H&K) entsende außerdem einen Firmenvertreter, der die Vernichtung fotografiert.

Warum es aber dann im zuständigen Bundeswirtschaftsministerium keine Statistik über die Kontrolle dieses Grundsatzes gibt, bleibt unklar. In einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hatte der Parlamentarische Staatssekretär Hartmut Schauerte (CDU) eingeräumt, dass solche Daten nicht erhoben werden. Nicht, wie oft der Grundsatz Teil von Lieferverträgen war. Und nicht, wie viele Kleinwaffen aufgrund dieser Regelung bisher aus dem Verkehr gezogen wurden.

Auf Nachfrage war von Schauerte zu erfahren, dass noch nicht einmal grundsätzlich gesagt werden könne, wann „Neu für Alt“ vom Ministerium zum Bestandteil deutscher Lieferverträge gemacht werde. Das „hängt von zahlreichen Einzelfragen ab“, so die Antwort. Gegenüber

TA ließ Schauerte auch erklären, es bleibe abzuwarten, ob es in Zukunft statistische Daten gebe. Ihm sei auch kein Fall bekannt, in dem ein Empfängerstaat gegen „Neu für Alt“ verstoßen habe. Was nicht heißt, dass es keinen gegeben hat. „In der Theorie ist die Kontrolle dieser Exporte leicht“, sagt der Kleinwaffen-Experte Michael Ashkenazi vom Bonner Abrüstungszentrum Bicc, einer Nichtregierungsorganisation. Aber in der Praxis gebe es gleich drei unwillige Partner, die verhinderten, dass echte Kontrolle stattfinde. Das Empfängerland – „hat die alte Waffe vielleicht verloren oder verkauft und vernichtet stattdessen irgendeine, die ohnehin nie funktioniert hat“. Der Hersteller – „ist nicht interessiert, Details über seine Deals herauszugeben“. Und die Regierung – „sie will die Hersteller nicht verunsichern und verfährt nach dem Prinzip: lasst es uns ignorieren“.

Für etwas konkretere Vorwürfe mangelt es aber aus eben diesen Gründen an Beweisen. Erst kürzlich haben sich die Juristen im Geflecht um den Waffenlobbyisten Karlheinz Schreiber und Max Strauß wieder einmal daran erinnern lassen müssen – das Geschäft mit den Waffen ist vor allem eins: ziemlich undurchsichtig.

## 7. UN berichtet über Umsetzung des Kleinwaffen-Programms in Ostafrika

Ein Bericht des UN-Instituts für Abrüstungsforschung (UNIDIR) zeigt auf, für welche Zwecke die im Rahmen des UN-Kleinwaffenprogramms eingeplanten Gelder in Ostafrika eingesetzt werden. So hätten Burundi, Ruanda und Uganda schwerpunktmäßig Hilfe bei Projekten zur Demobilisierung und Reintegration von ehemaligen Kämpfern erhalten. Lediglich sechs Millionen US-Dollar seien für andere Inhalte des

Aktionsprogramms (beispielsweise Waffenzerstörungen) verwendet worden, dies vornehmlich in Kenia, Tansania and Uganda. Für Bewusstseinsbildung zum Thema Kleinwaffen seien in der Region gerade einmal 200.000 US-Dollar ausgegeben worden. Der UNIDIR-Bericht findet sich unter:

[http://www.unidir.org/bdd/fiche-ouvrage.php?ref\\_ouvrage=92-9045-007-A-en](http://www.unidir.org/bdd/fiche-ouvrage.php?ref_ouvrage=92-9045-007-A-en)

## 8. Munitionsrubrik: Granaten – das zukünftige Problem im Bereich kleiner und leichter Waffen

*von Fabian Sieber (pax christi) und André Maertens (RüstungsInformationsBüro)*

Die Frage, wie die Leistungsfähigkeit von Waffen und Waffensystemen erhöht werden kann – was also getan werden muss, um sie in ihrer Wirkung noch tödlicher zu machen – war seit jeher der Hauptantrieb für die Entwicklung neuer Waffen und ihrer Munition. Im Bereich der

kleinen und leichten Waffen markierte die Erfindung des Sturmgewehrs Kalashnikov vor genau 60 Jahren, die bisher letzte große Wende. Doch scheint sich in den letzten Jahren wieder etwas zu tun.

Bereits Anfang der 1990er Jahre äußerte eine Studiengruppe der US-Armee die These, dass das Entwicklungspotential von Sturmgewehren und ihrer Munition ausgeschöpft sei. „Fort-



schritte“ seien nur noch zu erwarten, wenn explodierende Munition entwickelt würde. Die Überlegung als solche war natürlich alles andere als bahnbrechend, kamen doch schon im Verlauf des Zweiten Weltkrieges Überlegungen auf, wie die Reichweite von Handgranaten vergrößert werden könnte – und was sind, unter dieser Perspektive, Handgranaten anderes als explodierende Munition?

Die USA haben auf diesem Feld im Verlauf des Vietnam-Krieges einen Trend gesetzt, als sie ihre Truppen flächendeckend mit dem sogenannten „Granatwurfgerät“ M203 ausgestattet haben. Dieses verwendete keine Handgranaten mehr, sondern Granatmunition im Kaliber 40 mm, die bis dahin nur in Maschinenkanonen verwendet wurde. Diese Geräte verfügten zwar über kein Magazin, so dass nach jedem Schuss von Hand eine neue Granate in den Lauf geschoben werden musste, aber sie waren von einer einzelnen Person bedienbar, sehr leicht zu transportieren und erzielten Reichweiten von immerhin 200 m bis 300 m. Insbesondere wenn einzelne Schützen einer kleineren Gruppe von Soldaten mit solchen Waffen ausgerüstet wurden, war das Zerstörungspotential dieses Platoons erheblich gesteigert.

Aber natürlich ist die Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten nicht stehen geblieben – vor allem weil die Überlegung der Studiengruppe von Anfang der 1990er Jahre aufgegriffen wurde. So war im Rahmen des „Land Warrior“-Programms der US-Streitkräfte geplant, eine „Objective Individual Combat Weapon“ (OICW) zu entwickeln. Dabei war nicht einfach die Entwicklung eines neuen Sturmgewehrs geplant – ausgeführt u.a. von der deutschen Firma Heckler & Koch –, sondern die Entwicklung eines völlig neuen Waffentyps, der eine Verbindung von Granatwurfgerät und Sturmgewehr dargestellt hätte. Die Granateinheit dieser Waffe hätte ein halbautomatisches System darstellen sollen, ein zeitaufwändiges Nachladen nach jedem Schuss sollte sich so erübrigen. Um das Gewicht der Waffe in einem handhabbaren Rahmen zu halten, wurde die Kalibergröße auf 20 mm verringert. Ein Nebeneffekt dieser Miniatürisierung war es, dass die Fluggeschwindigkeit der Granate relativ leicht erhöht werden konnte, wodurch sich eine gestreckte Flugbahn und da-

mit eine höhere Treffgenauigkeit ergab. Die größte Neuerung aber: den Granaten wurde ein programmierbarer Zeitzünder eingesetzt, der es ermöglichen sollte, auch Menschen zu töten, die sich hinter einer Deckung befinden. – Glücklicherweise musste dieses Projekt vorerst aus technischen wie aus Kostengründen eingestellt werden.

Die Erkenntnisse die im Verlauf dieser Entwicklung von der Industrie gesammelt wurden, sind jedoch keineswegs verloren gegangen, sondern sind mittlerweile in neue Projekte eingeflossen. Die deutsche Firma Rheinmetall etwa hat einen neuen Granattyp entwickelt, der über eine erhöhte Splitterwirkung verfügt.

(vergleiche: <http://www.rheinmetall-detec.de/index.php?fid=1087&lang=2&pdb=1>)

Und Heckler & Koch hat in den vergangenen Jahren Anbau-Granatwaffen zur Marktreife gebracht, die unter dem Lauf von Sturmgewehren befestigt werden können. Diese Geräte mit der Bundeswehrbezeichnung AG36 sind zwar keine halbautomatischen Systeme und im „alten“ Kaliber 40mm x 46, trotzdem stellen sie eine qualitative Fortentwicklung gegenüber den bisherigen Granatwurfgeräten dar: sie können etwa mit den Sturmgewehr G36 zu einer Einheit zusammengefügt werden, ohne über eine eigene Visiereinrichtung zu verfügen. Bei der Bundeswehr ist dieses „System“ im Rahmen des Programms „Infanterist der Zukunft“ (IdZ) eingeführt worden. Für die US-Armee hat Heckler & Koch eine entsprechende Anbau-Granatwaffe entwickelt, das AG-C, das für das M16 und M4 geeignet ist und den bisherigen Unterlaufgranatwerfer M203 ersetzen soll.

Es ist zu erwarten, dass künftig im Fall von Exporten oder Lizenzvergaben des Sturmgewehrs G36 auch über den Verkauf der neuen Anbau-Granatwaffe verhandelt werden wird. – Im Fall des Exports nach Spanien gab es diese Verbindung bereits.

Damit stehen die Kriegsgebiete dieser Welt – 60 Jahre nach der Erfindung der Kalashnikov – erneut vor einer Revolution. Es wäre zu hoffen, dass die verantwortlichen Politiker inzwischen gelernt haben, verantwortungsvoll mit Rüstungsexporten umzugehen. Andererseits ist zu befürchten, dass dieser Lernprozess nicht stattgefunden hat.

## 9. Artikel von Pax Christi: Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten

Am 13. August veröffentlichte das Weblog des RüstungsInformationsBüros einen Artikel, in dem Fabian Sieber auf aktuelle Waffengeschäfte der USA und von Frankreich eingeht. Dabei gibt er Hinweise auf interessante Presseartikel zum Thema sowie auf ein Radio-Interview mit dem Generalsekretär von Pax Christi Deutschland, Reinhard Voß. Sieber weist darauf hin, dass der Nahe Osten seit Jahren die größte Empfängerregion deutscher Rüstungsexporte (außerhalb von EU und NATO) sei. Zudem seien die zur Verhandlung stehenden Panzerabwehrraketen

vom Typ „Milan“ (für Libyen) sowie der „Eurofighter“ (für Saudi-Arabien) Produkte aus Kooperationen deutscher und ausländischer Waffenkonzerne. Sieber stellt die Forderung auf, dass die Bundesregierung dem „European Code of Conduct on Arms Exports“ treu bleiben und den Export dieser Waffen verhindern solle. Das UN-Kleinwaffenprogramm beinhaltet außerdem, dass leichte Waffen wie besagte Abwehrraketen (von ein bis zwei Personen einsetzbar) restriktiv gehandelt werden sollen. Der Artikel findet sich unter: <http://rib-ev.de/blog/?p=133>

## 10. Bereiten wir dem Streumunitionshersteller Daimler/EADS einen heißen Aktionsherbst!

### *Bundesweite Aktionswochen vor Mercedes-Niederlassungen im Oktober 2007*

*von Jürgen Grässlin (DFG-VK)*

Die Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler (KADC), Ohne Rüstung Leben (ORL), das RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden (WfGA) und die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) starteten im Frühjahr die Kampagne „Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Streumunition!“. Mit der Kampagne soll der Vorstand des Auto- und Rüstungsriesen DaimlerChrysler dazu bewegt werden, zukünftig auf jegliche Beteiligung an der Forschung, Entwicklung und Produktion von Streumunition bzw. Raketenwerfern, die für Streumunition verwendet werden können, zu verzichten.

Auf der von der DFG-VK betreuten Website [www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de](http://www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de) kann jede/r Konzernkritiker/in öffentlich die persönliche Unterstützung für die an den Vorstand des größten deutschen Rüstungsproduzenten und -exporteur gerichteten zentralen Forderungen nach dem Ausstieg aus der Streumunition, der Produktion von Räumgeräten statt Raketenwerfern und der Einrichtung eines Fonds für die Opfer von Streumunition kundtun.

Mit einem heißen Aktionsherbst planen die fünf Friedensorganisationen nunmehr den nächsten Schritt:

Vor Mercedes-Niederlassungen und/oder an zentralen Plätzen werden im Zeitraum vom 2. bis zum 18. Oktober in mehreren Städten (Stuttgart, Freiburg, Köln u.v.a.m.) Aktionen zur Streumunitionskampagne stattfinden. Am 2. Oktober findet die Auftaktveranstaltung in Frankfurt am Main statt, die von der Frankfurter Friedensbewegung organisiert wird.

Wer im Oktober bei einer bereits geplanten Aktion mitmachen oder in seiner Stadt eine Aktion gegen die von Daimler/EADS hergestellte Streumunition durchführen will, wende sich wegen Hintergrundinfos und praktischer Tipps an Paul Russmann, KADC/ORL, Tel. 0711-62039372, [orl-russmann@gaia.de](mailto:orl-russmann@gaia.de) oder an Jürgen Grässlin, Tel. 0761-7678208, [j.graesslin@gmx.de](mailto:j.graesslin@gmx.de). Aktuelle Infos finden sich auf der Website [www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de](http://www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de).

Postkarten zu den Aktionswochen können – auch in größerer Stückzahl – bei den Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler, c/o Ohne Rüstung Leben, Arndtstr. 31, 70197 Stuttgart, [orl-info@gaia.de](mailto:orl-info@gaia.de), oder beim Materialversand DFG-VK Landesverband Baden-Württemberg, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart, [material@dfg-vk.de](mailto:material@dfg-vk.de) bestellt werden, ebenso mehrere Transparente mit dem Motto der Kampagne.

*Jürgen Grässlin ist Sprecher der Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler (KADC) und der DFG-VK.*

## Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination  
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)  
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088  
E-Mail: [rib.freiburg@gmx.de](mailto:rib.freiburg@gmx.de)  
Web: [www.rib-ev.de/daks](http://www.rib-ev.de/daks)

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Frankfurt
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: André Maertens.

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind der DAKS-Fonds „Gerechtigkeit für Kleinwaffenopfer“ (angesiedelt beim RüstungsInformationsBüro RIB e.V.) sowie:



Friedenszentrum  
Braunschweig

